



Beschlussvorlage

Amt: Amt für soziale Angelegenheiten

TOP: _____

Vorl.Nr.: V/2018/1590

Anlage Nr.: _____

Datum: 11.09.2018

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	25.09.2018	öffentlich

Tagesordnung

Sachstandsbericht zur Situation der Flüchtlinge

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Begründung

Zum Stichtag 31.08.2018 war die Stadt Hennef für die Unterbringung und Betreuung von insgesamt 234 Flüchtlingen zuständig. Hiervon befinden sich 173 Personen im laufenden Asylverfahren. Bei diesem Personenkreis steht eine abschließende Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) noch aus. Die übrigen 61 Personen sind abgelehnte Asylbewerber, deren Aufenthalt geduldet wird. Zudem lebten zum Stichtag 259 anerkannte Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage in Hennef, davon 110 in von der Stadt Hennef angemieteten Wohnungen. Die übrigen 149 Personen sind in Wohnungen untergebracht, die sie selbst angemietet haben.

Zwischenzeitlich konnten alle Personen, die vorübergehend in der Gemeinschaftsunterkunft in der Reutherstraße 11 untergebracht waren, in von der Stadt angemietete Wohnungen umziehen.

Zum 31.08.2018 ist damit die Gemeinschaftsunterkunft leer gezogen worden. Ab dem 01.09.2018 entfallen somit die Kosten für den Sicherheitsdienst. Die Verwaltung klärt derzeit mit dem Eigentümer die Frage der Anschlussnutzung.

Die Betreuungsleistungen des DRK Landesverbandes enden mit Ablauf des Monats

September 2018. Dem DRK soll Gelegenheit gegeben werden, die eigenen Materialien aus der Unterkunft zu entfernen.

Zwei Sozialbetreuer des DRK, die bereits in den letzten Monaten auch in der städtischen Beratungs- und Begegnungsstätte „Interkult“ tätig waren, sollen ab dem 01.10.2018 zunächst befristet für zwei Jahre einen Beschäftigungsvertrag durch die Stadt Hennef erhalten. Die Modalitäten werden derzeit verwaltungsintern und mit den beiden Personen geklärt.

Die Weiterbeschäftigung der beiden Mitarbeiter ist aus Sicht der Verwaltung sinnvoll und notwendig, weil sie sich auf die Hennefer Situation eingestellt haben und über gute Kontakte zu den beteiligten Institutionen und zu der Zielgruppe verfügen. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit gesehen, die Zielgruppe bei den vielfältigen Fragestellungen im Zusammenhang mit einer gelingenden Integration bestmöglich zu unterstützen. Hier sieht die Verwaltung durch die Fähigkeiten der beiden Mitarbeiter in Kombination mit dem Team des Interkults und der Sozialverwaltung gute Chancen.

Für die auch in naher Zukunft immer wieder zu erwartende Zuweisung neuer Flüchtlinge stehen der Verwaltung weitere Wohnungen zur Verfügung.

Damit ist die große Herausforderung seit Sommer 2015, die große Zahl an Geflüchteten adäquat in der Stadt unterzubringen, durch den tatkräftigen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialverwaltung mit vielfältiger Unterstützung Dritter (DRK, Interkult, Kirchen, Ehrenamtler/innen) bewältigt.

Die parallel vorhandene Herausforderung zur Gestaltung des Integrationsprozesses soll mit den oben erwähnten Schritten weiter angegangen und verstärkt bearbeitet werden.

Über den weiteren Fortgang wird die Verwaltung weiterhin regelmäßig in den Sitzungen des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration berichten.

Die mit Beginn der Flüchtlingskrise installierte Informationsrunde der Verwaltung für die Fraktionen im Rat der Stadt Hennef wird bis auf weiteres ausgesetzt.

Hennef (Sieg), den 11.09.2018
In Vertretung